

## **Antwort der Bundesregierung**

### **auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner und der Fraktion der AfD – Drucksache 21/6444 –**

#### **Bilanz des ersten Jahres der Tätigkeit des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen**

##### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Zahl der Beauftragten, Koordinatoren und Sonderbeauftragten der Bundesregierung betrug Stand 1. Januar 2025 43, 2024 waren es sogar 45, 2023 42, 2022 35, 2021 39, in den Jahren von 2000 bis 2002 waren es 19 (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 21/2361). Laut der Liste der Beauftragten der Bundesregierung, der Bundesbeauftragten sowie der Koordinatoren bzw. Koordinatorinnen der Bundesregierung nach § 21 Absatz 3 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) sind es Stand Juli 2025 27 ([www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/ministerium/liste-beauftragte-bundesregierung.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/ministerium/liste-beauftragte-bundesregierung.html)). Es stellt sich den Fragestellern die Frage, welchen konkreten Mehrwert diese zusätzlichen Regierungsstrukturen gegenüber den bestehenden Zuständigkeiten der Bundesministerien und nachgeordneten Behörden tatsächlich leisten. Vor diesem Hintergrund besteht in ihren Augen ein erhebliches öffentliches und parlamentarisches Interesse daran, Umfang, Tätigkeit, Kosten, tatsächliche Zuständigkeiten sowie den messbaren Nutzen des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen transparent nachzuvollziehen. Gerade angesichts zusätzlicher Personal-, Verwaltungs- und Haushaltsressourcen stellt sich ihnen die Frage, ob durch die Einrichtung des Amtes ein konkreter operativer oder koordinierender Mehrwert erzielt wurde oder ob Doppelstrukturen zu bereits bestehenden Zuständigkeiten entstanden sind. Die nachfolgenden Fragen sollen daher dazu beitragen, Aufgabenwahrnehmung, Ressourceneinsatz, Steuerungswirkung und Zielerreichung des Beauftragten im ersten Jahr der aktuellen Legislaturperiode nachvollziehbar zu machen.

1. Wie viele Planstellen und Stellen standen dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen im ersten Jahr der aktuellen Legislaturperiode zur Verfügung?
  - a) Wie viele dieser Stellen waren besetzt?
  - b) Welche Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen sind den jeweiligen Planstellen und Stellen zugeordnet (bitte einzeln auflisten)?
  - c) Mit welchen Aufgaben sind die jeweiligen besetzten Planstellen und Stellen betraut?
  - d) Wenn Stellen unbesetzt waren, warum wurden sie nicht besetzt?

Die Fragen 1 bis 1d werden gemeinsam beantwortet.

Die parlamentarische Kontrolle von Regierung und Verwaltung verwirklicht den Grundsatz der Gewaltenteilung, der für das Grundgesetz ein tragendes Funktions- und Organisationsprinzip darstellt. Die Gewaltenteilung stellt aber nicht nur den Grund, sondern auch die Grenze der parlamentarischen Kontrolle dar. Die Verantwortung der Regierung gegenüber Parlament und Volk setzt angesichts des Gefüges der grundgesetzlichen Zuordnung staatlicher Aufgaben zu bestimmten Funktionen und Trägern die Gewährleistung einer funktionsgerechten und organadäquaten Aufgabenwahrnehmung voraus (Bundesverfassungsgericht – BVerfGE 143, 101, 138). Die parlamentarische Kontrolle der Regierung ist einerseits gerade dazu bestimmt, eine demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechende Ausübung der Regierungsfunktion sicherzustellen, kann andererseits aber diese Funktion auch stören und bedarf daher der Begrenzung auf ein funktionsverträgliches Maß (vgl. BVerfGE 110, 199 (219); 124, 78 (122); 137, 185 (250 Rn. 1699)). Dieser Überlegung entspricht weiter, dass parlamentarische Kontrolle politische Kontrolle ist, nicht administrative Überkontrolle (BVerfGE 67, 100, 140). Angelegenheiten, an deren parlamentarischer Behandlung kein öffentliches Interesse von hinreichendem Gewicht besteht, sind vom parlamentarischen Untersuchungsrecht daher ausgeschlossen (BVerfGE 77, 1, 44). Davon ist im vorliegenden Fall auszugehen. Angaben zu Stellen und Budget des Beauftragten sind dem jeweils geltenden Bundeshaushaltsplan (Einzelplan 11) als Anlage zum Haushaltsgesetz zu entnehmen. Ausführungen zur personellen Ausstattung und zu laufenden Stellenbesetzungsverfahren übersteigen die zur parlamentarischen Beurteilung notwendigen Informationen. Im Übrigen unterliegen personelle Zusammensetzungen von Referaten stetigen Veränderungen.

2. Wurden seitens des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode externe Dienstleister beauftragt?
  - a) Wenn ja, welche Dienstleister wurden mit welchem finanziellen Volumen für welche Tätigkeiten beauftragt?
  - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 2 bis 2b werden gemeinsam beantwortet.

Die Fragesteller präzisieren nicht näher, was sie unter „Aufträge an externe Dienstleister“ verstehen. Bei der Beantwortung der Fragen wird deshalb davon ausgegangen, dass es sich insofern um entgeltliche Leistungen handeln soll, die unter die Definition des Begriffs „externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen“ fallen würden, die ressortübergreifend gemäß Beschluss 19(8)8733 des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 2021 bei der jährlichen Erstellung des sogenannten Beraterberichts der Bundesregierung zugrunde gelegt wird. Die erfragten Angaben werden im Rahmen dieses umfän-

glichen jährlichen Berichts an den Haushaltsausschuss über die Ausgaben für externe Beratungsleistungen zusammengestellt.

Für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 liegen die Informationen zum jetzigen Zeitpunkt nicht in der nachgefragten Form vor. Nach dem im Haushaltsausschuss festgelegten Berichtsturnus sind die Daten für das Haushaltsjahr 2025 erst zu den Berichterstattergesprächen zum Haushaltsentwurf 2027 (voraussichtlich im Herbst 2026) vorzulegen.

3. Nahm der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen an Treffen mit Vertretern der Bundesministerien teil?
  - a) Wenn ja, wie viele Termine mit Vertretern der Bundesministerien fanden im ersten Jahr der aktuellen Legislaturperiode statt (bitte nach Bundesministerium aufschlüsseln)?
  - b) Wenn ja, welcher Anlass lag den jeweiligen Treffen zugrunde, und welche Ziele wurden dabei verfolgt?
  - c) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 3 bis 3c werden gemeinsam beantwortet.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen traf sich im Sinne der Fragestellung im betroffenen Zeitraum mit einer Vielzahl von Vertretern der Bundesministerien. Die erfragten Informationen können dem beigefügten Tabellenanhang entnommen werden, digitale Treffen sind nicht aufgeführt.\*

4. Nahm der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen an Treffen mit Interessenvertretern, Lobbyorganisationen, Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen teil?
  - a) Wenn ja, wie viele Treffen fanden im ersten Jahr der aktuellen Legislaturperiode statt (bitte nach Monaten auflisten)?
  - b) Wenn ja, welcher Anlass lag den jeweiligen Treffen zugrunde, und welche Ziele wurden dabei verfolgt?
  - c) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 4 bis 4c werden gemeinsam beantwortet.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen traf sich im Sinne der Fragestellung im betroffenen Zeitraum mit einer Vielzahl von Vertretern von Lobbyorganisationen, Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen. Die erfragten Informationen können dem beigefügten Tabellenanhang entnommen werden, digitale Treffen sind nicht aufgeführt.

\* Von einer Drucklegung der Tabelle wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/06755 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

5. Nahm der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen an Treffen mit Vertretern der Landesregierungen teil?
  - a) Wenn ja, wie viele Treffen mit Vertretern der Landesregierungen fanden im ersten Jahr der aktuellen Legislaturperiode statt (bitte einzeln und nach Monaten auflisten)?
  - b) Wenn ja, welcher Anlass lag den jeweiligen Treffen zugrunde, und welche Ziele wurden dabei verfolgt?
  - c) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 5 bis 5c werden gemeinsam beantwortet.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen traf sich im Sinne der Fragestellung im betroffenen Zeitraum mit mehreren Vertretern der Landesregierungen. Die erfragten Informationen können dem beigefügten Tabellenanhang entnommen werden, digitale Treffen sind nicht aufgeführt.

6. Nahm der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen an Treffen mit Vertretern internationaler Organisationen teil?
  - a) Wenn ja, wie viele Treffen mit Vertretern internationaler Organisationen fanden im ersten Jahr der aktuellen Legislaturperiode statt (bitte einzeln und nach Monaten auflisten)?
  - b) Wenn ja, welcher Anlass lag den jeweiligen Treffen zugrunde, und welche Ziele wurden dabei verfolgt?
  - c) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 6 bis 6c werden gemeinsam beantwortet.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen traf sich im Sinne der Fragestellung im betroffenen Zeitraum mit mehreren Vertretern internationaler Organisationen. Die erfragten Informationen können dem beigefügten Tabellenanhang entnommen werden, digitale Treffen sind nicht aufgeführt.

7. Besuchte der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen im ersten Jahr der aktuellen Legislaturperiode internationale Konferenzen oder sicherheitspolitische Foren?
  - a) Wenn ja, welche?
  - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 7 bis 7b werden gemeinsam beantwortet.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen nahm im betroffenen Zeitraum an mehreren internationalen Konferenzen teil, dies waren: Global Disability Summit, UN-Staatenkonferenz, EACD/IAACD-Weltkongress für Childhood-onset Disabilities, Europäische Konferenz der Inklusionsfirmen (CEFEC), Internationale Konferenz anlässlich der 29. Europäischen Woche für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen (SEEPH), BA-Launch-Event „Kick-off-Veranstaltung zur grenzüberschreitenden Mobilität von Menschen mit Behinderungen“.

8. Wie viele Dienstreisen absolvierte der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen im ersten Jahr der aktuellen Legislaturperiode?
  - a) Wie viele davon innerhalb Deutschlands?
  - b) Wie viele davon außerhalb Deutschlands?
  - c) Wenn keine Dienstreisen stattfanden, warum nicht?
  - d) Welche Kosten entstanden hierbei jeweils gegebenenfalls (bitte einzeln unter Angabe des Datums auflisten)?
  - e) Welche Reiseziele wurden zu welchem Zweck aufgesucht?
  - f) Wie groß waren die jeweiligen Delegationen?
  - g) Wurden die Reisen von externen Personen begleitet, wenn ja, von welchen und warum, und wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 8 bis 8g werden gemeinsam beantwortet.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen unternahm im betroffenen Zeitraum eine Vielzahl von Dienstreisen. Die erfragten Informationen können dem beigefügten Tabellenanhang entnommen werden, Dienstreisen am Amtssitz des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen in Berlin sind dabei nicht aufgeführt.

Die Assistenzpersonen des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen werden nicht als Teil der Delegation verstanden und bei der Anzahl der begleitenden Personen nicht aufgeführt. Bei allen Dienstreisen bestand die jeweils aufgeführte Delegation aus Mitgliedern des Arbeitsstabes des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Eine Begleitung durch externe Personen ist zur Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen nicht erforderlich.

Die Auswertung der Kosten der jeweiligen Dienstreisen des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen im Sinne der Fragestellung war innerhalb der vorgegebenen Frist und auch im Rahmen einer etwaigen Fristverlängerung mit einem vertretbaren Aufwand nicht möglich. Die entsprechenden Informationen liegen in der Regel nicht zentral vor, sondern müssten mit einem unverhältnismäßigen Aufwand an manuellen Auswertungen für jede Reise einzeln zusammengetragen werden. Diese Auswertungen würden die Frist zur Beantwortung einer Kleinen Anfrage weit überschreiten und die Arbeitsfähigkeit des Arbeitsstabes stark einschränken.

9. Entstanden dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, wenn ja, in welcher Höhe, und für welche Maßnahmen?

Die Öffentlichkeitsarbeit des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen ist ein wesentlicher Bestandteil des politischen Wirkens seines Amtes. Im maßgebenden Zeitraum wurden zur Pflege der Webseite des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen rd. 77.000 Euro aufgewendet. Weitere rd. 18.000 Euro wurden für die Erstellung und Verbreitung von Publikationen aufgewendet. Auf den erforderlichen Social-Media-Support entfielen rd. 61.000 Euro. Auf die Bewirtung von Besuchergruppen sowie die Planung und Durchführung eigener barrierefreier Veranstaltungen wie die regelmäßigen Regionalkonferenzen, Gedenkveranstaltungen oder den Jahresempfang des Beauftragten der Bundes-

regierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen entfielen 517.000 Euro. Für die Erstellung barrierefreier Videobotschaften wurden im betroffenen Zeitraum insgesamt rd. 6.000 Euro aufgewendet.

10. Nutzt der Beauftragte Kanäle sozialer Medien?
- Wenn ja, welche, zu welchem Zweck und welche Reichweiten, Interaktionen oder sonstigen Kennzahlen (eigene Posts, Kommentare etc.) wurden hierbei erzielt (bitte nach den jeweiligen Plattformen bzw. sozialen Medien aufschlüsseln)?
  - Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 10 bis 10b werden gemeinsam beantwortet.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen nutzt die Sozialen Netzwerke Instagram und Facebook, um der Öffentlichkeit

- ein Bild seiner konkreten Tätigkeit als Beauftragter der Bundesregierung zu vermitteln (z. B. mit Fotos von Podiumsdiskussionen oder Projektbesuchen, an denen der Beauftragte teilgenommen hat),
- Statements des Beauftragten zu Gesetzesvorhaben oder anderen aktuellen Inklusionsthemen (Zitatkacheln) zu vermitteln, die auch in Reden oder Pressemitteilungen relevant sind,
- allgemeine News, Jahrestage, Kritikpunkte und auch Erfolge aus der Inklusionslandschaft zu vermitteln und
- Hinweise auf eigene Veranstaltungen (wie den Tag der offenen Tür) und weitere Angebote zu geben.

In dem angeführten Zeitraum wurden auf Facebook und Instagram 82 Posts veröffentlicht.

Die Follower-Zahlen und die Reichweiten entstehen bei beiden Kanälen organisch, d. h. ohne geschaltete Werbung oder Social-Media-Marketing. Die Follower-Zahlen lagen im betreffenden Zeitraum an zwei Terminen in folgender Höhe:

	<b>Stand 18. August 2025</b>	<b>Stand 3. Dezember 2025</b>
Instagram	16 041	17 415
Facebook	13 121	13 811

Die Reichweite der Onlinepräsenz des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen bei Facebook lag in dem betroffenen Zeitraum bei 1,8 Millionen Aufrufen, 44.512 Interaktionen und 2.946 Link-Klicks.

Für den Kanal des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen bei Instagram können nicht alle Angaben ermittelt werden, da Meta für Instagram nur Daten 6 Monate in die Vergangenheit speichert. Dadurch liegen nur Daten vom Dezember 2025 bis März 2026 vor. Demnach waren es 927.428 Aufrufe, 34.580 Interaktionen und 489 Link-Klicks.

11. Welche konkreten Maßnahmen, Initiativen oder Projekte wurden seitens des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen angestoßen oder umgesetzt?
- Wenn ja, hat der Beauftragte Gesetzesvorhaben begleitet?
  - Wenn ja, um welche Gesetzesvorhaben handelt es sich?
  - Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 11 bis 11c werden gemeinsam beantwortet.

Nach § 18 des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) hat der Beauftragte die Aufgabe darauf hinzuwirken, dass die Verantwortung des Bundes, für gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen zu sorgen, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfüllt wird. Zur Wahrnehmung der Aufgabe beteiligen die Bundesministerien die beauftragte Person bei allen Gesetzes-, Verordnungs- und sonstigen wichtigen Vorhaben. Die Begleitung komplexer Gesetzesvorhaben gehört also zu den Hauptaufgaben des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Dazu prüft der Beauftragte alle Vorhaben und unterbreitet konkrete Vorschläge und ergreift Maßnahmen und Initiativen, um die Position zu untermauern. Hier wird insbesondere auf die Antworten zu den Fragen 3 bis 10 verwiesen.

Der Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen wurde bei den nachfolgend aufgeführten Gesetzesvorhaben beteiligt:

- Gesetz zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung (Apothekenversorgung-Weiterentwicklungsgesetz – ApoVWG)
- Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz
- Gesetz zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen, der gerichtlichen Genehmigungen von notariellen Rechtsgeschäften und der steuerlichen Anzeigen der Notare
- Gesetz zur Stärkung von Medizinregistern und zur Verbesserung der Medizinregisterdatennutzung
- Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Gesetz zur Durchführung der Verordnung über künstliche Intelligenz)
- Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft und zur Änderung weiterer Vorschriften
- Gesetz zum Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie anderer Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten
- Gesetz zur Stärkung der Rechte von Verletzten insbesondere schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten auf psychosoziale Prozessbegleitung
- Gesetz zur Modernisierung des Designrechts
- Gesetz zur Einführung eines antragslosen Kindergeldes
- Gesetz zur Regelung der Förderung des Spitzensports und weiterer Maßnahmen gesamtstaatlicher Bedeutung im Sport sowie zur Errichtung der Spitzensport-Agentur (Sportförderungsgesetz – SpoFöG)

- Gesetz über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher (Schuldnerberatungsdienstegesetz – SchuBerDG)
- Gesetz zur Haftung bei Unfällen mit Elektrokleinstfahrzeugen im Straßenverkehr
- Neuntes Gesetz zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften
- Gesetz zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge (Altersvorsorgereformgesetz)
- Gesetz zur Durchführung der EU-Verordnung über europäische Daten-Governance (Daten-Governance-Gesetz – DGG)
- Gesetz zur Durchführung einer Verordnung der Europäischen Union zum Datenaustausch bei Kurzzeitvermietungen sowie zur Durchsetzung von Diskriminierungsverboten der Europäischen Union
- Fünftes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften
- Gesetz zur weiteren Digitalisierung der Zwangsvollstreckung
- Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr und deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern und die Datenbereitstellung über den Nationalen Zugangspunkt
- Drittes Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes – Novellierung der Regelungen zur Lebendorganspende und weitere Änderungen
- Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/2748 zu Notfallverfahren aufgrund eines Binnenmarkt-Notfalls bei Gasgeräten und PSA und zur Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch
- Gesetz zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen
- Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über Verbraucherkreditverträge und zur Regelung der Förderung klimaneutraler Mobilität
- Gesetz zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge
- Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes
- Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
- Gesetz zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Vaterschaftsanfechtung
- Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform (Krankenhausreformatungs-gesetz – KHAG)
- Gesetz zur Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien
- Gesetz zur Änderung des AZR-Gesetzes und weiterer Gesetze in Folge der Anpassung des nationalen Rechts an das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS-Anpassungsfolgesgesetz)
- Gesetz zur Anpassung des nationalen Rechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Anpassungsgesetz)
- Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)
- Gesetz zur Ausweitung der notariellen Online-Verfahren im Gesellschafts- und Registerrecht, zur Digitalisierung des Führungszeugnisses und zur Ver-

- längerung der Antragsfrist für Anträge von Soldatinnen und Soldaten auf Entschädigung wegen dienstrechtlicher Benachteiligung
- Gesetz zur Neuordnung aufsichtsrechtlicher Verfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe
  - Erstes Gesetz zur Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes
  - Infrastruktur-Zukunftsgesetz
  - Gesetz zur Modernisierung des Produkthaftungsrechts
  - Gesetz zur Weiterentwicklung der Digitalisierung in der Migrationsverwaltung (Migrationsverwaltungsdigitalisierungsweiterentwicklungsgesetz – MDWG)
  - Gesetz zur Änderung der Gewährung von Leistungen für Personen, die in Anwendung der Richtlinie 2001/55/EG eine Aufenthaltserlaubnis zur Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz erhalten oder beantragt haben (Leistungsrechtsanpassungsgesetz)
  - Gesetz zur Änderung des Produktsicherheitsgesetzes und weiterer produktsicherheitsrechtlicher Vorschriften
  - Erstes Gesetz zur Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften
  - Gesetz zur Änderung des Verbrauchervertrags- und des Versicherungsvertragsrechts sowie zur Änderung des Behandlungsvertragsrechts
  - Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
  - Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr
  - Zweites Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des Personenbeförderungsgesetzes
  - Gesetz zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes – Entlastung der Unternehmen durch anwendungs- und vollzugsfreundliche Umsetzung
  - Achtes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes
  - Gesetz zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rentenalter (Aktivrentengesetz)
  - Steueränderungsgesetz 2025
  - Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes – Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WModG)
  - Gesetz zur Anpassung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (SGB VI-Anpassungsgesetz – SGB VI-AnpG)
  - Zweites Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz)
  - Drittes Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes
  - Gesetz zur Anpassung des Mindeststeuergesetzes und zur Umsetzung weiterer Maßnahmen
  - Gesetz zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Verfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit
  - Gesetz zur Befugnisenerweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege

- Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten
  - Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung
  - Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026)
  - Erstes Gesetz zur Änderung des Medizinal-Cannabisgesetzes
  - Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und über die allgemeine Beeidigung von Gerichtsdolmetschern sowie zur Änderung des Stiftungsregisterrechts
  - Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung und zur Änderung weiterer Gesetze
  - Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – LuKIFG)
  - Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie weiterer Vorschriften
  - Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung
  - Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 – HG 2025)
  - Gesetz zur Verlängerung der Fristen im Investitionsprogramm Ganztagsausbau.
12. Wurden seitens des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Strategiepapiere, Berichte oder Konzepte erstellt?
- a) Wenn ja, um welche handelt es sich?
  - b) Wenn ja, wurden diese veröffentlicht?
  - c) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 12 bis 12c werden gemeinsam beantwortet.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen hat folgende Papiere veröffentlicht:

Bezeichnung	Veröffentlichung
1. Gemeinsames Positionspapier der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern: „Wirksame Partizipation von Menschen mit Behinderungen stärken!“	23. Mai 2025
2. Gemeinsames Positionspapier der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern: „Digitale Teilhabe sicherstellen!“	6. November 2025

13. Verfolgt der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Ziele, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD genannt werden?
- Wenn ja, um welche Ziele handelt es sich?
  - Wenn ja, konnten diese bereits umgesetzt werden?
  - Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 13 bis 13c werden gemeinsam beantwortet.

Ziel des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen ist die wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen. Dementsprechend verfolgt er insbesondere die im aktuellen Koalitionsvertrag unter der Überschrift „Inklusion“ genannten Ziele (Randziffern 644 – 678).

Entsprechende Gesetzesvorhaben, wie beispielsweise die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes, befinden sich teilweise im parlamentarischen Verfahren und teilweise in den ressortinternen Beratungen. Der Dialogprozess zur Eingliederungshilfe von Bund, Ländern und Kommunen wurde inzwischen abgeschlossen.

14. Hat der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen dem Deutschen Bundestag oder dessen Ausschüssen schriftliche oder mündliche Berichte erstattet?
- Wenn ja, wann, in welcher Form, und zu welchen Themen?
  - Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 14 bis 14b werden gemeinsam beantwortet.

Im angefragten Zeitraum hat der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen weder dem Deutschen Bundestag noch dessen Ausschüssen schriftlich oder mündlich Bericht erstattet. Aus behindertenpolitischer Sicht bestand im betroffenen Zeitraum keine Erforderlichkeit für eine persönliche Vorsprache, da keine Sachverhalte vorlagen, die eine entsprechende Terminwahrnehmung notwendig gemacht hätten.

15. Wurden durch die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um die Transparenz der Arbeit des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit zu erhöhen?
  - a) Wenn ja, welche?
  - b) Wenn nein, warum nicht?
16. Anhand welcher quantitativen und qualitativen Kriterien bewertet die Bundesregierung die Wirksamkeit der Tätigkeit des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen?
17. Welche Ziele konnten nach Einschätzung der Bundesregierung im ersten Jahr der aktuellen Legislaturperiode nicht erreicht werden, und aus welchen Gründen?
18. Ist eine Evaluation der Tätigkeit des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen vorgesehen?
  - a) Wenn ja, wann, und durch wen?
  - b) Wenn nein, warum nicht?
19. Welche messbaren Erfolge bewertet die Bundesregierung selbst als die wesentlichen Ergebnisse des ersten Jahres der Tätigkeit des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen?

Die Fragen 15 bis 19 werden gemeinsam beantwortet.

Das Amt der oder des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen selbst sowie dessen/deren Aufgaben und Befugnisse sind in §§ 17 und 18 Behindertengleichstellungsgesetz geregelt. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen ist Teil der Bundesregierung. Für die Darstellung seiner Arbeit ist der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen selbst verantwortlich. Da es sich vorrangig um politisch geprägte Aufgaben handelt, sind auch keine Kriterien für die Wirksamkeitsbewertung der Beauftragten festgelegt worden. Das Wirken des Beauftragten orientiert sich an dessen allgemeinen Aufgaben. Die Bundesregierung bewertet weder die Wirksamkeit der Tätigkeit, noch die Erreichung von Zielen, noch messbare Ergebnisse gesondert. Auch eine Evaluation durch Dritte ist nicht geplant.

# Tabellenanhang zum Antwortbeitrag der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage des Abgeordneten Stephan Brandner u. a. und der Fraktion AfD

BT-Drucksache 21/6444

## Anlage zu Frage 3

Lfd. Nr.	Ministerium	Anlass	Ziele
1	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Gespräch mit StS Michael Schäfer	Beitrag zur Umsetzung des Koalitionsvertrages
2	verschiedene	6. Staatssekretärsausschuss zur Bundesinitiative Barrierefreiheit	Bundesinitiative Barrierefreiheit stärken
3	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Gespräch mit BM'in Stefanie Hubig	Beitrag zur Umsetzung des Koalitionsvertrages
4	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Gespräch mit Parl. StS'in Gitta Connemann	Austausch zum Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)
5	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Jours Fixes mit StS'in Leonie Gebers	Austausch zum BGG
6	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Gespräch mit BM'in Bärbel Bas	Austausch zu aktuellen Themen
7	Bundesfinanzministerium	Gespräch mit StS Björn Böhning	Beitrag zur Umsetzung des Koalitionsvertrages
8	Bundeskanzleramt	Gespräch mit Kulturstaatsminister Wolfram Weimer	Beitrag zur Umsetzung des Koalitionsvertrages
9	Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	Gespräch mit BM'in Verena Hubertz	Beitrag zur Umsetzung des Koalitionsvertrages
10	Bundeskanzleramt	Gespräch mit BK Friedrich Merz und dem Deutschen Behindertenrat (DBR)	Austausch zu aktuellen teilhabepolitischen Themen
11	Bundeskanzleramt	Gespräch mit Chef BK Thorsten Frei	Austausch zu inklusionpolitischen Themen aus dem Koalitionsvertrag
12	Auswärtiges Amt	Gespräch mit StS Bernhard Kotsch	Austausch zur Inklusion in der auswärtigen Kulturpolitik
13	Bundesministerium der Verteidigung	Gespräch mit BM Boris Pistorius und StS Jan Stöß	Austausch zu teilhabepolitischen Themen

14	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Jours Fixes mit PStS'in Kerstin Griese	Austausch zu aktuellen inklusionspolitischen Themen
15	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Gespräch mit BM'in Karin Prien	Beitrag zur Umsetzung des Koalitionsvertrages
16	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Gespräch mit BM'in Alabali-Radovan	Austausch zu Inklusion und Entwicklungszusammenarbeit
17	Bundesministerium für Gesundheit	Gespräch mit BM'in Nina Warken	Beitrag zur Umsetzung des Koalitionsvertrages
18	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Gespräch mit StS'in Eva Schmierer	Austausch zum Referentenentwurf Neuregelung ärztlicher Zwangsmaßnahmen
19	Bundeskanzleramt	Gespräch mit Staatsministerin Christiane Schenderlein	Austausch zu Sport und Inklusion
20	Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt	Gespräch mit BM'in Dorothee Bär	Austausch zu Gesundheitsforschung und Inklusiver Medizin

#### Anlage zu Frage 4

Lfd. Nr.	Monat	Gesprächspartner/ Vereinigung	Anlass	Ziele
1	April	DBR BAG Selbsthilfe	Global Disability Summit	Erfahrungsaustausch zu Behinderung am Arbeitsplatz und Praxisumsetzung, Rechte von Menschen mit Behinderungen und deren Umsetzung
2	April	BAG Künstlerische Therapien e.V.	Terminanfrage des Verbandes	Austausch zu berufsrechtlicher Regelung von künstlerischen Therapien
3	April	BAG Inklusionsfirmen e.V.	Mitarbeit iRd Jury	Preisverleihung Rudolf-Freudenberg-Preis
4	April	Konrad-Adenauer-Stiftung, Delegation aus Partnernetzwerken in China, Mongolei, Jordanien und Namibia	Global Disability Summit	Austausch zu gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
5	April	Handicap International e.V.	Gesprächsanfrage	Austausch zu Arbeit des Vereins und Menschen mit Behinderungen in Flucht/Migration
6	April	gemeinsam zusammen e.V.	Gesprächsanfrage	Austausch zu Projektplanung "Stille Stunde"
7	Mai	Sozialhelden e.V.	Kundgebung zum Europäischen Protesttag der MmB	Austausch zum Protesttag

8	Mai	Lebenshilfe Hamburg e.V.	Austausch	Austausch zu aktuellen Themen
9	Juli	Arbeitskreis Stern	Austausch	Prioritäre Themen in Behindertenpolitik
10	Juli	Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie e.V.	Gesprächsanfrage	Ziele des BVL sowie Vorschläge für mögliche Maßnahmen bei Vorliegen einer Rechenstörung
11	Juli	SoVD	Gesprächsanfrage	Austausch zu behindertenpolitischen Themen
12	Juli	BAG Selbsthilfe e.V.	Austausch	Austausch zu behindertenpolitischen Themen
13	Juli	Weibernetz e.V.	Austausch	Austausch zu Gewaltschutz, gesundheitliche Versorgung von Frauen mit Beeinträchtigungen
14	Juli	DBSV e.V.	Gesprächsanfrage	Austausch zum BGG
15	Juli	DBR	Gesprächsanfrage	Austausch zu BGG, BTHG-Debatte, Gewaltschutz, Aktionsplan für ein barrierefreies Gesundheitswesen
16	Juli	Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.	Gesprächsanfrage	Austausch zu behindertenpolitischen Themen
17	August	DBS	Gesprächsanfrage	Austausch zu behindertenpolitischen Themen
19	August	AWO Bundesverband e.V.	Gesprächsanfrage	Reform BGG, Stand Aktionsplan barrierefreies, inklusives, diskriminierungsfreies Gesundheitswesen, Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen beim Zugang zum Antrag auf Feststellung und Anerkennung einer Schwerbehinderung
20	August	Deutscher Sozialgerichtstag e.V.	Gesprächsanfrage	Antrittsbesuch
21	August	Deutscher Kulturrat	Besprechung	Besprechung zu Teilhabeempfehlungen Kultur
22	August	Blindeninstitutsstiftung Würzburg	Gesprächsanfrage	Gespräch zu behindertenpolitischen Themen
23	August	DGPPN	Gesprächsanfrage	Antrittsbesuch
24	Sept.	OTH Regensburg	Austausch zu Forschungsprojekt	Forschungsprojekt zu Bewegung und Sport von Menschen mit Behinderungen
25	Sept.	KfW-Bank und DekaBank	Gesprächsanfrage	Inklusionspolitische Themen
26	Sept.	Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.	Gesprächsanfrage	Aktuelle inklusionspolitische Herausforderungen des Vereins
27	Sept.	BAG abR	Gesprächsanfrage	Austausch zu Diversity und Inklusion als politisches Thema in der aktuellen Diskussion; Inklusion im Koalitionsvertrag; Werkstätten
28	Sept.	Der Paritätische Gesamtverband	Gesprächsanfrage	Austausch zu behindertenpolitischen Themen
29	Sept.	DOSB	Gesprächsanfrage	Austausch zum Stand der Inklusion

31	Oktober	Deutschem Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	Gesprächsanfrage	Gespräch zu Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe im SGB IX, Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen
32	Oktober	fachpolitischer Beirat bag if	Konstituierende Sitzung	Konstituierende Sitzung
33	Nov.	Bundesverband von Angehörigen- und Betreuervertretungen in diakonischen und anderen christlichen Wohneinrichtungen und Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigung e. V.	Gesprächsanfrage	Austausch zu Schwerpunktthema 2025ff Werkstätten, Geplante Veränderungen durch BTHG bei den besonderen Wohnformen
34	Nov.	Ev. Stiftung Alsterdorf	Besuch	Überblick über Arbeit für Menschen mit Behinderungen, Austausch zu Initiative der Stiftung „Gesundheit für alle“
35	Nov.	DIMR	Gesprächsanfrage	Austausch zu inklusionspolitischen Themen
35	Nov.	WFS Bildungs gUG	Gesprächsanfrage	Austausch zu Erasmus-Projekt
36	Dez.	GIZ GmbH	Gesprächsanfrage	Austausch zu Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Entwicklungszusammenarbeit
37	Dez.	DBSV	Gesprächsanfrage	Austausch zu beruflicher Teilhabe
38	Januar	BeB e.V.	Gesprächsanfrage	Teilhabe und Inklusion
39	Januar	COIN Inklusionsberatung GmbH	Gesprächsanfrage	Ausbildungsangebote der COIN
40	Januar	Freie Wohlfahrtspflege Bayern	Gesprächsanfrage	Eingliederungshilfe, Inklusives SGB VIII
41	Februar	Brüsseler Kreis e.V.	Gesprächsanfrage	Austausch zu Eingliederungshilfe
41	Februar	Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung e.V.	Sitzung Projektbeirat	1. Beiratstreffen im Projekt "Qualität im Betrieb"
42	Februar	Vertreter*innen aus dem Rat der Eltern und Angehörigen der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.	Gesprächsanfrage	Austausch zu Mm hohem Unterstützungsbedarf und komplexen Beeinträchtigungen
43	Februar	Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener	Gesprächsanfrage	Austausch zu Gesetzentwurf zur ambulanten Zwangsbehandlung
44	März	DBS	Winterparalympics	Austausch zum Dt. Behindertensport
45	März	Senioren Union der CDU	Gesprächsanfrage	Austausch zu inklusionspolitischen Themen
46	März	Japanische Delegation der Anwaltskammer Nichibenren	Besuch der Delegation in Berlin	Austausch zu Zwangssterilisation in der NS-Zeit

**Anlage zu Frage 5**

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Monat</b>	<b>Landesregierung</b>	<b>Anlass</b>	<b>Ziele</b>
1	Mai (22.5.-23.)	Landesbehindertenbeauftragte aus verschiedenen Bundesländern	Konferenz der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern	Abstimmung zu aktuellen Themen, Mainzer Erklärung, Schwerpunktthema Partizipation
2	November (5.-6.11.)	Landesbehindertenbeauftragte aus verschiedenen Bundesländern	Konferenz der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern	Abstimmung zu aktuellen Themen, Hamburger Erklärung, Schwerpunktthema Digitale Teilhabe
3	März (4.-5.3.)	Landesbehindertenbeauftragte aus verschiedenen Bundesländern	Teilnahme am außerordentlichen Treffen der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern	Erarbeitung einer Strategie zur Zusammenarbeit für MPK-Konferenzen

**Anlage zu Frage 6**

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Monat</b>	<b>Internat. Organisation</b>	<b>Anlass</b>	<b>Ziele</b>
1	April	Misereor China und Osttimor und RHTO	Global Disability Summit	Austausch zu Erfahrungen mit Behinderung am Arbeitsplatz und dessen Praxisumsetzung, Rechte von Menschen mit Behinderung und deren Umsetzung
2	November	Afrikanische Union	Besuch des Commissioners in Berlin	Austausch zu inklusionpolitischen Themen
4	Februar	Rehabilitation International	Gesprächsanfrage	Austausch zu inklusionpolitischen Themen
5	März	International Paralympic Committee	Winterparalympics	Austausch zu inklusionpolitischen Themen im Bereich Sport

## Anlage zu Frage 8

Lfd. Nr.	Datum	Ziel	Zweck	Größe Delegation	Inland	Ausland
1	8.-9.4. 2025	Weinheim	Termin mit BAG if, Jurysitzung		X	
2	29.4.2025	Dresden	Inklusiver Fachtag "Heute schon NEIN gesagt?" - Gewaltschutz in der Einrichtungshilfe der Fachstelle KogGE		X	
3	19.-20.5. 2025	Stralsund	Regionalkonferenz mit Bundesarchitektenkammer	1	X	
4	21.-26.5.2025	Frankfurt	Treffen mit Direktor des Louis Braille Campus		X	
		Karlsruhe	Eröffnung Rehab 2025 als Schirmherr			
		Mainz	Treffen der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern	1		
5	8.6.-13.6.2025	New York	Teilnahme an VN-Staatenkonferenz zur VN-Behindertenrechtskonvention	2		X
6	25.6.-1.7.2025	Heidelberg	EACD/IAACD-Weltkongress		X	
		Ulm	DSB Informationstag Süd			
		Mainz	Aktiver Part bei Europäische Konferenz der Inklusionsfirmen (CEFEC)			
7	21.-22.07.2025	Weimar	Bauhaus Universität Veranstaltung „We Cannot ignore ME/CFS“ Veranstaltung der Universitätsbibliothek Bauhaus Universität Weimar "Wissenschaftliche Bibliotheken in Weimar und ihre inklusiven Angebote"		X	

			Austausch mit Mitarbeitenden der Herzogin Anna Amalia Bibliothek, Studienzentrum der Herzogin Anna Amalia Bibliothek			
8	12.- 18.9.2025	Krautheim	Aktiver Part bei Festakt 70 Jahre BSK		X	
		Würzburg	Austausch mit Blindeninstitutsstiftung			
		Kassel	Austausch Blind-Team-Challenge			
		Buxtehude	Austausch mit Beauftragter für Menschen mit Behinderungen der Stadt Buxtehude	1		
		Kiel	Aktiver Part bei Fachtagung der Bildungsfachkräfte	1		
		Schleswig	Besichtigung und Austausch mit Landesförderzentrum Sehen und Hören	1		
		Schwerin	Aktiver Part bei Feierstunde 30 Jahre Bürgerbeauftragter Mecklenburg-Vorpommern			
9	10.- 12.10.2025	Mannheim	Aktiver Part bei Festakt Verleihung Berta-und-Carl-Benz-Preis		X	
10	19.- 21.10.2025	Düsseldorf	Austausch mit QUALITY Austausch mit BAG Selbsthilfe e.V. Austausch mit Bvkm e.V.		X	
		Hadamar	Besuch Gedenkstätte Hadamar			

		Limburg an der Lahn	Aktiver Part bei Tag der Menschen mit unsichtbaren Behinderungen			
11	23.- 25.10.2025	München	Austausch mit behandelnden Ärzten des FASD Zentrum MUC iSPZ Hauner  Besichtigung und Austausch Zentrum für Barrierefreiheit/Accessibility Discovery Center  Austausch mit VdK Bayern		X	
12	5.- 06.11.2025	Hamburg	Teilnahme an Konferenz der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern  Besichtigung und Austausch mit Ev. Stiftung Alsterdorf	2  1	X	
13	13.- 15.11.2025	Münster  Bonn	Aktiver Part bei Treffen der NRW Werkstattträte  Aktiver Part bei Deutsches Kinderhospizforum		X	
14	16.- 18.11.2025	Madrid	Aktive Parts bei Konferenz zur Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung,  Austausch mit ONCE  Austausch mit Ilunion  Gespräch im spanischen Ministerium für soziale Rechte, Verbraucherschutz und Agenda 2030  Gespräch mit Sonderbotschafter in Spanien für die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen			X
15	20.- 25.11.2025	Suhl  Stuttgart	Aktiver Part bei Jahrestagung der BAG UB  Festakt zum Jubiläum der Deutschen Krebsnachsorge - Stiftung für das chronisch kranke Kind		X	

			Besuch Betty-Hirsch-Schulzentrum und Austausch mit Nikolauspflege			
16	1.-3.12.2025	Brüssel	Aktiver Part bei BA-Launch-Event "Kick-off-Veranstaltung zur grenzüberschreitenden Mobilität von MmB"			X
		Bremen	Aktiver Part bei Feier anlässlich 20 Jahre LBB Bremen		X	
17	5.-08.12.2025	Heidelberg	Gespräch mit Behindertenbeauftragter Heidelberg  Gespräch und Aufführung inklusives Theaterprojekt zu Gedenkkultur in Heidelberg (aktiver Part)		X	
18	16.-17.12.2025	Bielefeld	Teilnahme Politischer Stammtisch Bethel  Gespräch Geschäftsführung bethel.regional  Austausch mit Klinikum Bethel		X	
		Münster	Austausch mit Landrat des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe			
19	13.01.2026	Hannover	Aktiver Part bei Regionalkonferenz mit Bundesarchitektenkammer		X	
20	04.-05.2.2026	Dortmund	Aktiver Part bei rehaKIND-Kongress		X	
21	20.-22.2.2026	Hamburg	Fachgespräch mit Alsterarbeit e.V. zu Teilhabeempfehlungen Kultur  Aktiver Beitrag bei Nacht der Barner	1	x	

			<p>Austausch mit Eucrea</p> <p>Besuch Wohneinrichtung Senator Neumann Haus</p> <p>Fachgespräch mit barner 16 zu Teilhabeempfehlungen</p> <p>Grußwort bei Inklusiver Konzertabend „Musik verbindet“</p>			
22	26.- 27.2.2026	Hamburg	Aktiver Part bei Tagung Dramaturgische Gesellschaft e.V.	1	X	
23	04.- 05.03.2026	Hannover	Teilnahme am außerordentlichen Treffen der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern		X	
24	06.- 10.03.2026	Vicenza, Verona, Cortina	<p>Besuch der Winterparalympics in Mailand/Cortina sowie</p> <p>Gespräche mit:</p> <p>Bürgermeister von Cortina</p> <p>Deutsches Team</p> <p>Austausch mit StMin Schenderlein</p> <p>Projekt Sozialer und Inklusiver Tourismus/ Galleria d'Italia (Vicenza),</p> <p>Gespräche mit DBS (Cortina)</p> <p>Austausch mit IPC (Cortina)</p> <p>Italienischer Empfang (Verona)</p> <p>Empfang im Deutschen Haus (Cortina)</p>	2		X